



Robin Hood für Reiche

Bisher geheime Daten von Zehntausenden Bankkunden legen den Verdacht nahe, dass die Credit Suisse, eines der größten Geldinstitute der Welt, als Geldspeicher für korrupte Politiker, verurteilte Betrüger und mutmaßliche Folterknechte diente. Die Suisse Secrets – Blicke hinter das Bankgeheimnisspann

Von Sophia Baumann, Nina Bovensiepen, Emilia Garbsch, Mauritius Much, Hannes Munzinger, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer, Jörg Schmitt und Ralf Wiegand, Süddeutsche Zeitung, 21.2.2022

Die Nachricht der anonymen Quelle erreicht die Süddeutsche Zeitung verschlüsselt, über den digitalen Briefkasten der Redaktion. „Secure Drop“ heißt die Anwendung,

„Sicherer Abwurf“. Jeder Informant bekommt von diesem Programm einen zufällig gewählten Namen zugewiesen. Die Person, die ihre Informationen über eine Schweizer Bank bei der SZ deponierte, erschien im System als „Soporific Debtor“ – „Einschläfernder Schuldner“.

Was sie dort vor gut einem Jahr hinterlässt, ist allerdings alles andere als einschläfernd – es sind Tausende geheime Daten aus einer der größten Banken der Welt: der Credit Suisse.

Die anonyme Quelle, deren Identität auch für die SZ nicht nachzuverfolgen ist, schickt nicht nur die Daten, sondern auch ein Schreiben, das in Teilen ausdrücklich zur Veröffentlichung freigegeben ist. „Ich glaube, dass das Schweizer Bankgeheimnis unmoralisch ist“, schreibt „Soporific Debtor“ und führt aus, „der Vorwand, die finanzielle Privatsphäre zu schützen“, sei lediglich „ein Feigenblatt, um die



schändliche Rolle der Schweizer Banken als Kollaborateure von Steuerhinterziehern zu verschleiern“.

Ein Leak bei einer Schweizer Großbank – so etwas hat es noch nicht gegeben. Eine weltweite Recherche beginnt, an der am Ende mehr als 160 Journalistinnen und Journalisten von 48 Medienhäusern aus fast 40 Ländern beteiligt sein werden. Die Ergebnisse werden unter dem Titel „Suisse Secrets“ – Schweizer Geheimnisse – weltweit veröffentlicht. Die Daten enthüllen hochproblematische Vorgänge in der Credit Suisse und werfen die Frage auf, ob die Schweizer Regierung und die Schweizer Banken den dortigen Finanzplatz wirklich so umfassend verändert haben, wie sie gerne behaupten.

Die internen Aufzeichnungen aus der Bank belegen, dass die Credit Suisse, nach der UBS die zweitgrößte Bank der Schweiz, über Jahrzehnte und über den gesamten Erdball hinweg brutalen Machthabern, korrupten Politikern, Kriegsverbrechern und anderen Kriminellen Zugang zu blickdichten Schweizer Konten ermöglicht hat, auf denen diese ihren teils illegitimen Reichtum sicher parken konnten.

Dabei wäre die Bank gerade bei solchen Kunden verpflichtet gewesen, „besondere Sorgfaltspflichten“ anzuwenden, so ist es im 1997 geschaffenen Geldwäschereigesetz festgehalten. Diese Recherche bestärkt den Zweifel daran, dass die Credit Suisse dem immer nachgekommen ist. Denn sowohl die Zahl der problematischen Kunden als auch die Fortführung von Konten trotz öffentlich vorhandener Erkenntnisse über diese Kunden sind erstaunlich. So konnten verurteilte Betrüger, Mörder und Menschenhändler ebenso weiter ihre Schweizer Konten nutzen wie mutmaßliche Foltergeneräle.

Das heutige Management der Bank lässt über eine Anwaltskanzlei ausrichten, dass ihm nicht Ereignisse aus der Vergangenheit angelastet werden können. Die Credit Suisse sagt, sie habe in den vergangenen Jahren umfassende Reformen umgesetzt, die Bank halte „bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit die geltenden globalen und lokalen Gesetze und Bestimmungen“ ein. Ein Großteil der angesprochenen Konten sei längst geschlossen worden.

Für die 1856 gegründete Traditionsbank kann die Entscheidung des unbekanntem Tippgebers, die Öffentlichkeit zu suchen, dennoch Konsequenzen haben. Schon seit Jahren schlittert sie von einer Affäre in die nächste, musste zuletzt wieder Milliardenverluste vermelden. Ihr Aktienkurs ist, anders als der etlicher Mitbewerber, seit Längerem auf Talfahrt. Und nun kommt auch noch dieses Datenleck hinzu.

Wie schon bei den Panama Papers 2016 entschied die Süddeutsche Zeitung, das Leak gemeinsam mit internationalen Partnern auszuwerten. Dafür initiierte die SZ mit dem Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP), einem spendenfinanzierten Redaktionsnetzwerk, eine Recherchekollaboration, zu der unter anderem der britische Guardian, Le Monde und die New York Times gehören; in Deutschland waren WDR und NDR dabei.

In der Schweiz hat sich kein Medium an der Recherche beteiligt. Der Grund dafür ist ein Schweizer Gesetz, das all jene mit Gefängnis bedroht, die geheime Informationen zu Bankkonten weitergeben oder veröffentlichen. Die UN-Sonderberichterstatterin für freie Meinungsäußerung, Irene Khan, hält dieses Gesetz für problematisch und kündigte an, dies bei der Schweizer Regierung anzusprechen. „Es würde gegen die internationalen Menschenrechtsvorschriften verstoßen, wenn man Journalisten strafrechtlich verfolgt oder bestraft, weil diese Bankinformationen veröffentlichen, die von öffentlichem Interesse sind“, sagt die Juristin.

Die Suisse-Secrets-Informationen beziehen sich auf mehr als 18000 Konten, sie reichen von den 1940er-Jahren bis weit ins vergangene Jahrzehnt. Etwa zwei Drittel der Konten wurden nach 2000 eröffnet, etliche davon sind bis heute noch aktiv, allerdings ist unklar, wie viele. Die Höchststände auf diesen Konten addieren sich auf mehr als 100 Milliarden Schweizer Franken. Den Konten sind mehr als 30 000 Inhaber zuzurechnen, das ist nicht viel im Vergleich zu den 1,5 Millionen Privatkunden der Credit Suisse weltweit. Auch daher erscheint der Anteil von problematischen Kunden in dieser kleinen Probe hoch. In dem Datensatz finden sich Kunden mit Wohnsitzen in 120 Ländern und mit mehr als 160 Nationalitäten.



„Ich möchte betonen“, schreibt die anonyme Quelle, „dass die Verantwortung für diesen Zustand nicht bei den Schweizer Banken liegt, sondern beim Schweizer Rechtssystem. Die Banken sind einfach gute Kapitalisten und maximieren ihre Gewinne innerhalb des gesetzlichen Rahmens, in dem sie operieren.“

Aus den Unterlagen stechen etliche Autokraten und ihre Familien heraus. Über Konten verfügten der ehemalige algerische Machthaber Abdelaziz Bouteflika ebenso wie die Söhne des ägyptischen Herrschers Hosni Mubarak, die Hunderte Millionen Schweizer Franken in der Schweiz gebunkert haben. In den Daten finden sich auch die Namen von zwei Töchtern des langjährigen kasachischen Diktators Nursultan Nasarbajew – von denen eine auf Anfrage betonte, dass ihr Konto sorgfältig geprüft sei und alle Steuern gezahlt worden seien – sowie die frühere Ehefrau und der Sohn des aktuellen kasachischen Präsidenten Kassym-Schomart Tokajew. Dieser gab vor wenigen Wochen einen Schießbefehl gegen Demonstrierende. Auch zwei Söhne und die Ehefrau von Teodoro Obiang, dem Diktator von Äquatorialguinea, hatten mehr als 20 Jahre lang Hunderttausende Schweizer Franken bei der Credit Suisse. Mubaraks Söhne ließen über Anwälte die Rechtmäßigkeit ihrer Vermögen betonen; alle weiteren hier genannten Personen ließen Anfragen unbeantwortet.

Weitere Staats- und Regierungschefs, die in den Daten zu finden sind, sind der amtierende jordanische König Abdullah II., der wegen Geldwäsche verurteilte ukrainische Ex-Premier Pawlo Lasarenko sowie der armenische Ex-Präsident Armen Sarkissjan. Er trat am 23. Januar von seinem Amt als Staatschef zurück – nur kurz nachdem die SZ ihm eine Anfrage zu seinen Schweizer Konten geschickt hatte. Eine von König Abdullah II. beauftragte Anwaltskanzlei bestätigte die Existenz mehrerer Credit-Suisse-Konten. Der König habe niemals Staatsgelder für private Zwecke eingesetzt. Pawlo Lasarenko teilte mit, dass seine Konten bei dem Schweizer Geldinstitut entweder aufgelöst oder eingefroren und den Behörden bekannt seien.

Problematisch für die Bank ist zudem, dass sich in den Daten mehr als ein Dutzend ehemalige Geheimdienstchefs und ihre Familien finden, darunter die Familie des Ägypters Omar Suleiman und der Jemenit Ghaleb Al-Qamish. Beiden werden



massive Menschenrechtsverbrechen vorgeworfen. Der frühere algerische Verteidigungsminister Khaled Nezzar durfte den Suisse-Secrets-Informationen zufolge auch dann noch sein Bankkonto behalten, als ihm bereits Folter und Kriegsverbrechen vorgeworfen wurden. „Das ist eine klare Sache: Ihn hätte man als Kunden gar nicht annehmen dürfen“, sagt der Schweizer Korruptionsexperte Mark Pieth. Nezzar wies den Vorwurf, Kriegsverbrechen begangen zu haben, über seine Anwälte zurück, ging auf die Konten jedoch nicht ein.

Auch in die größte Korruptionsaffäre der deutschen Wirtschaftsgeschichte, den Siemens-Skandal, führt eine Spur aus den Suisse-Secrets-Daten, und zwar zu sechs Konten des ehemaligen Siemens-Nigeria-Chefs Eduard Seidel, 2008 wegen Bestechung verurteilt. Auf einem der Konten ist im Jahr 2006 – vor Bekanntwerden des Skandals – ein Vermögen von mehr als 54 Millionen Schweizer Franken eingetragen, was mit einem Siemens-Gehalt nicht zu erklären ist. Auf Anfrage von SZ, NDR und WDR stritt Seidel Fehlverhalten ab. Und obwohl sein Name Ende 2007 durch einen Artikel im Wall Street Journal publik geworden war, meldete Seidels Schweizer Bank, die damalige Credit-Suisse-Tochter Clariden Leu, dessen Konten nach SZ-Informationen dennoch nicht den Schweizer Behörden. Die Schweizer Compliance-Expertin Monika Roth sagt, dadurch habe die Bank „sich strafbar gemacht, weil sie die Meldepflicht verletzt“ habe. Andere Schweizer Banken hätten laut Münchner Staatsanwaltschaft damals verdächtige Kunden mit Siemens-Bezug gemeldet, etwa die UBS. Die Credit Suisse wollte konkrete Fragen zur Causa Seidel nicht beantworten.

Für zahlreiche fragwürdige Kunden aus den Suisse Secrets gilt: Entweder gewährte die Credit Suisse ihnen wissentlich Zugang zu ihren Diensten – oder sie hat die Kunden entgegen ihren gesetzlichen Pflichten offenbar nicht ausreichend geprüft. Die Bank wurde früher schon mehrmals wegen Versäumnissen bei der Geldwäschebekämpfung gerügt. Aktuell untersucht ein Ausschuss des US-Senats die Geschäfte der Bank. Ein ehemaliger Banker, der für die Credit Suisse in Zürich gearbeitet hat und anonym bleiben möchte, sagt: „Die Compliance-Abteilung der



Bank ist ein Meister der plausiblen Bestreitbarkeit.“ Bedenken würden nicht zu Papier gebracht; es gelte die Regel, nichts zu fragen, worauf man die Antwort gar nicht wissen wolle.

Die Credit Suisse vermutet hinter der Suisse-Secrets-Recherche „eine konzertierte Aktion mit der Absicht, den Schweizer Finanzplatz in Verruf zu bringen“. Vorwürfe weise sie „entschieden zurück“. Die Bank könne „zu Behauptungen bezüglich Einzelpersonen, ob Kunden oder nicht“, jedoch keine Stellung nehmen, da sie „eine strikte Vertraulichkeits- und Sorgfaltspflicht gegenüber ihren Kundinnen und Kunden“ habe. Sie habe zudem in den Bereichen Compliance und Bekämpfung von Finanzkriminalität umfassend investiert. Mehr als 90 Prozent der von der SZ genannten Konten seien zudem inzwischen geschlossen oder hätten sich schon vor den Anfragen des Suisse-Secrets-Projekts im Prozess der Schließung befunden.

Die Credit Suisse ist Skandale seit Jahrzehnten gewohnt – auch ihr Umgang damit ist routiniert: Besserung geloben, weitermachen. Im Jahr 2000 verpflichtete die Bank sich gemeinsam mit zehn anderen weltweit tätigen Großbanken, entschlossen gegen Geldwäsche vorzugehen – eine Initiative, die auch von Transparency International mit angestoßen worden war. Ein Jahr später sagte der Credit-Suisse-Chef, alle Mitarbeiter müssten sich „zuerst korrekt, fair und ethisch“ verhalten, die Bank wolle „kein Schlupfloch für zweifelhafte und schon gar nicht für kriminelle Gelder und für Steuerflüchtlinge sein“. 2003 versprach der neue Präsident der Bank „die Wiederherstellung des Vertrauens“ als Ziel, durch die „Wirksamkeit unseres Risikomanagements“. Der wiederum nächste Präsident der Bank gelobte 2009 „hohe Compliance- und Governance-Standards“, und auch 2011 stellte die Credit-Suisse-Spitze „erstklassige Compliance von höchster Bedeutung“ in Aussicht sowie die „strikte Einhaltung aller anwendbaren Gesetze“. Ein paar Jahre später schaltete die Bank sogar Anzeigen, die verkündeten: „Gesellschaftliche und unternehmerische Verantwortung liegt in unserer DNA.“

Die Suisse Secrets dokumentieren ebenso wie eine lange Kette von Skandalen, die sich bis ins Jahr 2022 zieht, dass die Bank ihren vielen Versprechen nur



unzureichend nachgekommen ist. Aktuell steht die Credit Suisse in der Schweiz vor Gericht, weil sie bulgarischen Drogendealern bei der Geldwäsche geholfen haben soll.

Als Beleg für ihren Veränderungswillen verweisen die Schweizer Banken oft auf die Teilnahme des Landes am Automatischen Informationsaustausch (AIA), einen großen Fortschritt in Sachen Transparenz. Durch diese Abkommen, etwa mit Deutschland, ist die Schweiz für die Bürger zahlreicher Staaten kaum mehr von Interesse als Hort für Schwarzgeld. Allerdings hat die Schweiz besonders mit armen und korrupten Ländern nur wenige solcher Abkommen geschlossen, ein beträchtlicher Anteil der Kontoinhaber stammt aus solchen Ländern. Und so liegt die Schweiz auch im aktuellen Schattenfinanzindex, einer Art Rangliste für intransparente Finanzzentren, noch immer auf Platz drei – hinter zwei ausgewiesenen Steueroasen: den Kaimaninseln und den USA.

Kritiker sprechen in diesem Zusammenhang von der „Zebra-Strategie“ als einem Hauptproblem des Finanzplatzes Schweiz: weißes, sauberes Geld aus westlichen Ländern – schwarzes, dreckiges Geld aus armen Ländern. In der Praxis können so korrupte Autokraten und deren Helfer Milliarden aus ihren Ländern in die Schweiz schaffen. Geld, das dann im Staatshaushalt fehlt, für Bildung, im Gesundheitswesen, beim Straßenbau. Damit ist die Schweiz Teil eines Systems, das Reiche in diesen Ländern immer reicher, die Ärmsten aber immer ärmer werden lässt.

Diesen Missstand beschrieb auch „Soporific Debtor“, die anonyme Quelle der Suisse Secrets, in ihrem Schreiben an die SZ. Dort heißt es, die fehlende Kontrolle ermögliche Korruption und „bringt die Entwicklungsländer um dringend benötigte Steuereinnahmen. Diese Länder sind also die Hauptleidtragenden der Schweizer Umkehrung des Robin-Hood-Prinzips“.



Kontrollverlust am Paradeplatz

Die Credit Suisse ist eine Bank mit großer Geschichte, ihrem Gründer hat die Stadt Zürich sogar ein Denkmal gesetzt. Doch das Geldhaus im Mittelpunkt der Suisse Secrets türmt seit Jahrzehnten Skandal auf Skandal. Eine Bilanz

Von Ralf Wiegand, Süddeutsche Zeitung, 21.2.2022

Um Ärger zu bekommen, braucht die Credit Suisse nicht unbedingt ein Leak. Das schafft sie ganz alleine. Derzeit muss sich die zweitgrößte Bank der Schweiz erstmals in ihrer Geschichte in ihrem Heimatland vor Gericht verantworten. Denn eine Bande von Drogendealern soll jahrelang Geld über Konten der Credit Suisse gewaschen haben, die Rede ist von 55 Millionen Franken. Eine saubere Affäre – wieder einmal. „Die Credit Suisse schreibt ihren nächsten Skandal“, meldete das Schweizer Fernsehen zum Prozessauftakt am 7. Februar.

84 Konten und acht Schließfächer, das wollen die Ermittler der Schweizer Bundesanwaltschaft herausgefunden haben, soll ein bulgarisches Drogenkartell um „Il Nonno“ bei der Bank gehabt haben. Il Nonno, der Opa, das ist der Bulgare Evelin B., ein in Abwesenheit mehrfach verurteilter Schwerekrimineller. 36 Jahre Haft würden den Mann erwarten, wenn er in Italien, Bulgarien und Rumänien gleichzeitig ins Gefängnis gesteckt werden könnte. In allen drei Ländern ist er bereits für schuldig befunden worden. Tonnen von Kokain soll seine Bande aus Südamerika nach Europa gebracht haben, zwei Morde im Umfeld verdunkeln den ohnehin schon trüben Eindruck darüber hinaus.

Die Bank sieht ihre mögliche Rolle in dem Kriminalfall als „vergangenheitsbezogene Angelegenheit“, wie sie der Schweizer Sonntagszeitung mitteilte. Sie weise „alle gegen sie erhobenen Vorwürfe“ zurück. Ist so nicht passiert, ist lange her – und heute ist sowieso alles anders? Dahinein platzt nun auch noch ein riesiges Leak: die Suisse Secrets. Dank dieser Daten zu mehr als 18000 Konten



können Journalistinnen und Journalisten erstmals bei einer Schweizer Großbank hinter das jahrelang so sorgsam gewährte Bankgeheimnis blicken, auf Kontonummern und Kontostände von Potentaten und Spionen, korrupten Politikern und geschmierten Unternehmern.

Was ist das denn bloß für eine Bank, diese Credit Suisse?

Die Sache mit dem bulgarischen Drogengeld wird vor dem Bundesgericht in Bellinzona verhandelt, 21 Prozesstage sind zunächst angesetzt. Im Jargon der Pressestelle des Gerichts geht es unter anderem um Folgendes: „Hauptverhandlung in der Strafsache Bundesanwaltschaft gegen A., B., C., die Bank D. und E. wegen qualifizierter Geldwäscherei.“ Dabei steht „die Bank D“ für eine Schweizer Institution: die Credit Suisse. Sie soll laut Anklage „nicht alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen“ haben, um zu verhindern, dass eine ihrer Mitarbeiterinnen Millionen Franken mutmaßlich krimineller Herkunft über die Konten des Hauses habe laufen lassen.

Übersetzt heißt das für eine Bank: Kontrollverlust, im besten Falle. Andernfalls müsste man ihr ja Absicht unterstellen.

Um aus solchen Geschichten möglichst schadlos hervorzugehen, muss die Credit Suisse inzwischen hohe Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten bilden, zuletzt satte 500 Millionen Franken. Deshalb war die Bank sogar gezwungen, eine Gewinnwarnung an ihre Aktionäre zu verschicken.

Bei der Credit Suisse ist der Skandal ständiger Begleiter, darin unterscheidet sie sich nicht sehr von manch anderen internationalen Großbanken. Allein in Europa gibt es fast 12000 Institute, weltweit ungleich mehr – unter denen ist die Credit Suisse, was die Bilanzsumme betrifft, die Nummer 41, groß genug, um international als systemrelevant zu gelten. Nach der Summe der bezahlten Strafen seit der Jahrtausendwende hat sie es sogar in die globalen Top Ten geschafft. Mit mehr als zehn Milliarden US-Dollar musste sie seit dem Jahr 2000 büßen. Das Unternehmen hatte in seiner jüngeren Geschichte schon juristischen Stress in den USA und



Deutschland, in Argentinien und Singapur, in Japan und Belgien und auch mit der Finanzmarktaufsicht des eigenen Landes, der Finma.

In etlichen Fällen hat man der Credit Suisse vorgeworfen, bei der Geldwäschebekämpfung nicht genau genug hingesehen zu haben oder Steuerhinterziehern zu Diensten gewesen zu sein. In Hongkong soll sie Verwandten hochrangiger chinesischer Funktionäre Jobs verschafft haben, im Gegenzug für Bankgeschäfte.

Immer wieder Strafen, immer wieder Deals, um Ermittlungen zu beenden, bevor daraus Anklagen oder gar Urteile werden. Mal 750000 Dollar hier, mal 2,6 Milliarden US-Dollar da: So viel Geld legte die Bank 2014 angeblich auf den Tisch, nachdem sie sich in den USA schuldig bekannt hatte, Amerikanern bei der Steuerhinterziehung behilflich gewesen zu sein – der US-Senat sprach vom „weltweit größten Verlust von Steuereinnahmen durch Steuerhinterziehung“. Die Sache ist noch nicht ausgestanden, ehemalige Bankmitarbeiter berichteten den US-Behörden, der Steuerbetrug an Onkel Sam sei danach weitergegangen.

Und manchmal setzt auch so eine große Bank halt einfach nur aufs falsche Pferd: Der Untergang des Hedgefonds Archegos Capital riss die Credit Suisse im vergangenen Jahr mit fünf Milliarden Franken Verlust in die Tiefe, an der Abschreibung wird sie noch Jahre zu knapsen haben.

Aber im eigenen Land als Angeklagte vor Gericht zu stehen, so ganz öffentlich? Das ist am Paradeplatz eine Premiere.

Dort, im Herzen Zürichs, residiert die Credit Suisse seit 1877 in einem prachtvollen Gebäude, vier Etagen ruhen auf einem mächtigen Sockel. Nachts sieht das Haus aus wie ein Grandhotel, tagsüber atmet die klassische Fassade das Geld, das hinter ihr verwahrt wird. Die Zentrale der UBS, der allergrößten Bank der Schweiz und des größten Credit-Suisse-Konkurrenten, liegt gleich schräg gegenüber und versprüht eher das Ambiente einer Arbeitsagentur. Um den Finanzplatz herum präsentieren Kunstgalerien und Confiserien ihre kleinen Kostbarkeiten. Davor



schieben sich die Züge der Tram im Takt einer Modelleisenbahn aneinander vorbei, von links und rechts, von vorne und hinten, irgendeine Bahn fährt immer. Wenn der Paradeplatz das Herz von Zürich ist, sind die Gleise die Adern der Stadt.

In den Schaufenstern der verpachteten Geschäfte im Hauptquartier der Credit Suisse liegen die Kostüme von Armani und die Füller von Montblanc, die Bank selbst wirbt auf meterhohen Videowänden um Privatkunden. „Raus aus dem Haifischbecken“, „Rechtzeitig die Frühpension planen“, „Vererben Sie mehr als nur Talent“. Sich um das Geld wohlhabender Leute kümmern, das verspricht die Reklame fürs Private Banking.

Die absolute Diskretion ist inklusive. Im Keller des Firmenhauptsitzes, heißt es, seien die Schließfächer untergebracht, in denen sich auch heute noch verbergen lässt, was keiner sehen soll. Und wer im Gebäude versehentlich an der falschen Stelle den Eindruck erweckt, er würde ein Foto machen, etwa gleich rechts hinterm Haupttor, vor der Glastür zum Privatkundenbereich, dem folgt der Sicherheitsdienst bis auf die Straße: „Haben Sie gerade fotografiert? Das ist strengstens verboten.“ Erlaubt ist es nur im Lichthof, jener italienisch anmutenden und von Säulen umstellten Tageslicht-Halle mit Marmorfliesen und einem sechseckigen Brunnen aus geätzttem Glas als Blickfang. „Fontaine du désir“ heißt das Kunstwerk, Quelle der Begierde, da hat sich die Bank offenbar einen seltenen Moment der Selbstironie gegönnt.

Nur bei den eigenen Kunden hat die Bank womöglich nicht immer genug Vorsicht walten lassen. „Die KYC-Dokumentation der Kundeneröffnung und Kundenklassifizierung“, heißt es in einem Untersuchungsbericht der auf Compliance spezialisierten Züricher Unternehmensberatung gwp aus dem Jahr 2017, weise „mehrere Mängel auf“. KYC steht für „Know your customer“, kenne deinen Kunden, der heiligste Grundsatz für Banken, um nicht in krumme Geschäfte hineingezogen zu werden. Heißt: Gerade bei Anlegern, die politisch heikel, prominent oder irgendwie aktenkundig sind, hat die Bank womöglich nicht immer die nötige Sorgfalt walten lassen, was „verwaltetes Vermögen, Herkunftsland und Arten von Geschäftsbeziehungen“ angehe, wie die Berater notierten.



Man kann nur ahnen, was hinter den dicken Sandsteinmauern am Paradeplatz 8 los war, als vor gut drei Wochen der Katalog eines internationalen Journalistenkonsortiums einging. 280 detaillierte Fragen: Wer? Wann? Wie viel? Warum? Die Süddeutsche Zeitung hat Daten aus dem Innersten der Bank zugespielt bekommen, diese mehr als ein Jahr lang zusammen mit dem Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) auf Stichhaltigkeit und Inhalt geprüft, schließlich mit Partnern aus der ganzen Welt, darunter dem Guardian aus London, Le Monde aus Paris, der New York Times und in Deutschland NDR und WDR, geteilt.

Kaum etwas dürfte eine Schweizer Bank härter treffen, als erkennen zu müssen, dass ihre Geheimnisse nicht sicher genug waren. Geld zu verlieren, ist das eine, man kann neues verdienen. Das Vertrauen von Kunden, Behörden und dem Markt wird aber nicht an der Börse gehandelt. „Informationssicherheit, Vertraulichkeit der Daten und Datenintegrität sind für unsere Geschäftsbereiche von entscheidender Bedeutung“, schrieb die Credit Suisse in ihrem Geschäftsbericht 2020. „Jegliches Versäumnis der Credit Suisse, die Sicherheit der Daten angemessen zu gewährleisten und das erhöhte technologiebedingte operationelle Risiko zu steuern, könnte auch zu regulatorischen Sanktionen oder Untersuchungen sowie einem Vertrauensverlust in unsere Systeme führen, was sich nachteilig auf unseren Ruf, unser Unternehmen und unsere Geschäftstätigkeit auswirken könnte.“

Kontrollverlust also, schon wieder – und das in einer Zeit, in der es ohnehin nicht rundläuft. Erst im Januar musste António Horta-Osório, Chef des Verwaltungsrats, zurücktreten, weil er gegen Corona-Regeln verstoßen hatte, als er zum Tennis- finale von Wimbledon gedüst war – im Privatjet. Dabei war Roger Federer, Credit-Suisse-Markenbotschafter und wahrscheinlich der weltweit bekannteste lebende Schweizer, schon im Viertelfinale ausgeschieden.

Und jetzt noch die Suisse Secrets, viel Stoff, den man mit der Bank besprechen möchte, aber die Bank will lieber nicht sprechen. Stattdessen streicht sie in einem dürren Statement ihre Verantwortung für „höchste Verhaltensstandards“ heraus und bezeichnet die globale Suisse-Secrets-Recherche als „konzertierte Aktion“ zur



Schwächung des Schweizer Finanzplatzes. Später lässt sie über eine Kanzlei mitteilen, es habe viele Führungswechsel in der Bank gegeben, aber es gebe keine Hinweise auf eine Geschäftskultur, die diese Wechsel überdauert hätten: „Vorkommnisse, die historisch sind, können somit nicht mit der aktuellen Unternehmensführung in Verbindung gebracht werden.“

Historisch ist ein gutes Stichwort, dann muss man halt mit Bankengründer Alfred Escher persönlich sprechen – was auch gleich passieren wird, obwohl Escher seit fast 140 Jahren tot ist.

Escher ist in Zürich allgegenwärtig. Er gilt – manche meinen, zu Unrecht – als Gründer der heutigen Eidgenössischen Technischen Hochschule, es gab mal einen Escher-Platz und es gibt noch eine Alfred-Escher-Straße. Ihm ist ein Denkmal gewidmet, vom selben Künstler, Richard Kissling, der auch die Wilhelm-Tell-Bronze geschaffen hat, die vor dem Türmli auf dem Rathausplatz von Altdorf steht. Man mag daran Eschers Bedeutung für die Schweiz ablesen: Der Wirtschaftskapitän und die Freiheitslegende schafften es im 19. Jahrhundert ins selbe Auftragsbuch.

Bedeutend ist Eschers Bank auch in der Gegenwart. Ihre Bilanzsumme belief sich 2020 umgerechnet auf 912 Milliarden Dollar – das Bruttoinlandsprodukt der Schweiz auf 748 Milliarden Dollar. Außerdem ist die Bank gesellschaftlich präsent, nicht nur im Tennis. Auch die höchste Fußballklasse der Schweiz trägt ihren Namen: Credit Suisse Super League.

Über Eschers Glanz haben erst Historiker der Neuzeit den Staub gestreut, den der Familienbesitz einer Kaffeeplantage aufgewirbelt hat. Kurz wurde sogar darüber diskutiert, ob Escher womöglich in den Dunstkreis der Sklaverei geraten war und sein Denkmal am nördlichen Ende der Bahnhofstraße nicht besser abgebaut werden sollte. Wurde es nicht. Dort steht es bis heute und weist die Richtung zu den vermutlich teuersten zehn Minuten Fußweg der Stadt. Auf dem Bummel vom Escher-Denkmal zur Escher-Bank könnte man locker eine ganze Dynastie ruinieren, etwa bei jenem Juwelier, der im Schaufenster „Le Secret de la Reine“ ausstellt, das Geheimnis der



Königin. Ein Traum aus Perlen. Und das Geheimnis liegt darin, was dieser Traum wohl kostet.

Dem Gespräch mit Escher geht ein langer Fußmarsch durch Zürich voraus, aus der Altstadt am Bahnhof vorbei und durch ein Viertel, aus dem das Zürich der kleinen Leute noch nicht ganz verschwunden ist. Auch in der Stadt, in der Reichtum durch das Pflaster zu quellen scheint, kämpfen Menschen um Wohnraum. An den kleinen Balkons der bürgerlichen Mietshäuser gleich hinterm Bahnhof plakatieren die Bewohner zwischen Regenbogen-Fahnen auch Appelle für bezahlbare Mieten. Nicht jeder hatte vor, einmal in der nach Tel Aviv, Paris und Singapur viertteuersten Stadt der Welt zu wohnen.

Und dann, nachdem man im neuen Zürich gelandet ist, dessen Klotzbauten sich herangeschoben haben wie die Moräne eines Gletschers, ein Stadtteil wie ein Tetrisspiel, nur mit Gebäuden, steht da irgendwann in sehr großen Buchstaben „Börse“ an einer Fassade. Hier wird viel von dem Geld gemacht, das man in Zürich braucht, um leben zu können, wie es sich die Gastronomen vorstellen. Exquisit halt.

Im Keller hat die Schweizer Börse das Schweizer Finanzmuseum eingerichtet, zehn Franken Eintritt kostet die Multimedia-Tour durch die Geschichte des Finanzplatzes Schweiz. Gleich im ersten Raum, vor der Pappfassade seiner eigenen Bank, steht Alfred Escher. Rauschebart, leicht verblasst, der Blick entschlossen.

Die Ausstellungsmacher haben sich ein fiktives Gespräch ausgedacht zwischen Robert Comtesse, als damaliger Finanzminister einer der Wegbereiter der Anfang des 20. Jahrhunderts gegründeten Schweizerischen Nationalbank, und Alfred Escher, der auch Versicherungen gründete und Eisenbahnen baute, samt Tunnel durch den Sankt Gotthard. Es moderiert Merkur, der Schutzpatron der Banken, verehrt im alten Rom als Gott des Handels – und der Diebe.

In dem, was Escher hier zu sagen hat, wenn der Spot sich auf sein Porträt richtet, lässt er keinen Zweifel, wer die heutige Schweiz erfunden hat. „Ohne die Banken würde die Schweiz heute noch Kartoffeln anbauen, Kühe hüten und Söldner



exportieren“, sagt er. Die Banken hätten zu seiner Zeit jene Investitionen beschafft, die den Wohlstand brachten. Gewinn zu machen, sei die Grundidee, assistiert Comtesse, „nicht Gier“. Und Vertrauen sei das A und O.

Aber dann will Merkur, der Schlingel, wirklich wissen, warum der Staat 2008 eine Schweizer Bank „wegen Fehlinvestitionen in den USA“ habe stützen müssen.

Escher: „Ein gewisses Risiko gehört dazu.“

Merkur: „Aber das kann doch nicht sein.“

Escher: „Das internationale Finanzgeschäft birgt Chancen und Risiken. Man kann, wie man sagt, auf dem Finanzplatz 1000 Prozent gewinnen, aber nur 100 Prozent verlieren.“

Und das Bankgeheimnis (das die Schweizer übrigens „Bankkundengeheimnis“ nennen, als hätten es ihre Sparer selbst erfunden) – warum das gekippt worden sei, fragt Merkur.

Escher: „Das ist auch eine Auswirkung des Erfolgs des Finanzplatzes Schweiz, der seit über 25 Jahren global tätig ist.“

Spätestens hier zeigt sich, dass die Schau im Keller der Börse vielleicht nicht ganz unabhängig kuratiert wurde. Es folgt der obligatorische Hinweis auf die Stabilität der Schweiz und ein Eintrag des Alfred Escher aus dem 19. Jahrhundert fürs Poesiealbum seiner Nachfolger im 21. Jahrhundert: „Nichts ist mehr Gift für das Finanzwesen als unsichere Zeiten.“ Abspann, „Money, Money, Money“ von Abba, Aus.

Das alles hätte man wohl auch genauso in einer PR-Broschüre des Schweizer Finanzwesens nachlesen können, ähnlich wenig erhellend und sogar umsonst – aber dann hätte man weniger von Zürich gesehen, und es hätte weniger Spaß gemacht.

Stabilität, Vertrauen, Sicherheit: Die Schweizer Banken haben, solange das Bankgeheimnis noch vollständig intakt war, viel unternommen, um die Gunst auch der ganz vorsichtigen, ja scheuen Kunden zu gewinnen. Wenn es stimmt, was man aus



dem Innenleben solcher Häuser hört, ging es dort bisweilen zu wie im Hobbykeller von James Bonds Quartiermeister Q beim MI6. Nummernkonten, deren Inhaber nur einer Handvoll Angestellten bekannt war, sicherheitsgeprüftes Personal wie im Gefolge eines Staatschefs, digitale Protokolle jeder denkbaren Computeraktion, generelles Vier-Augen-Prinzip, doppelter Fingerabdruckscan beim Betreten sensibler Räume, keine Mitnahme ausgedruckter Papiere. Und wenn mal eine Festplatte ersetzt werden muss, wird die alte unter Aufsicht zu Staub geschreddert.

Und das alles, damit irgendwo irgendjemand einen Zettel mit einer x-stelligen Nummer hinterlassen konnte, auf der dann Geld landete, von dem nie jemand erfuhr, dem es nicht selbst gehörte. Aber auch aus der Welt von James Bond stammt eben der Spruch: Sag niemals nie.

Die Credit Suisse hat sich an das Geheimnis gewöhnt wie an einen gut sitzenden Anzug. Wie viele Kunden sie hat? Geheim. In welchen Ländern sie Filialen betreibt? Geheim. Die Zahl der Schließfächer, die sie anbietet? Geheim. Wie viel sie Roger Federer und dessen Stiftung jährlich zahlt? Geheim.

Sogar Geheimdienstmethoden sind ihr offenbar nicht ganz fremd. Der vorletzte Chef der Credit Suisse, Tidjane Thiam, musste im Februar 2020 seinen Posten räumen, weil die Bank zwei hochrangige ehemalige Manager hatte beschatten lassen. Die Bank verfüge „im betroffenen Sicherheitsbereich über keine angemessene Organisation im Sinne des Schweizer Bankengesetzes“, urteilte die Aufsicht Finma.

Und nun rütteln auch noch die Suisse Secrets an der Glaubwürdigkeit der Bank, all die Geschichten über Potentaten, Geheimdienstler und andere höchst zweifelhafte Kunden. Hat die Credit Suisse über viele Jahre bei zu vielen Geschäftspartnern einfach nicht so genau hingeschaut – weil die verantwortlichen Mitarbeiter dachten, dass es eh nie jemand erfährt? Einmal geheim – für immer geheim?

Die Credit Suisse erklärt, „die geltenden globalen und lokalen Gesetze und Bestimmungen“ einzuhalten. Auch im Prozess in Bellinzona um die



Drogengeldwäscher, wo die Vergangenheit die Gegenwart küsst, will die Bank ihre Position „entschlossen verteidigen“, wie sie mitteilt.

Sich gegen Vorwürfe verteidigen, Gefahren abwehren, Sichtschutz aufbauen: Darin ist die Credit Suisse geübt, im Großen wie im Kleinen – wenn etwa der Sicherheitsdienst in der Eingangshalle übereifrige Fotografen im Auge behält. Dabei ging es doch nur um die Plaketten, die rechts und links neben der Glastür zum Privatkundenbereich hängen: „Zum dritten Mal in Folge: Beste Bank in der Schweiz.“

Mitarbeit: Hannes Munzinger, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer

Der heimliche König von Nigeria

Der wegen Bestechung verurteilte Ex-Siemens-Manager Eduard Seidel hatte ein unerklärlich hohes Vermögen auf seinem Schweizer Konto: 54 Millionen Franken. Woher kommt dieses Geld? Eine Spurensuche

Von Hannes Munzinger, Frederik Obermaier und Bastian Obermayer,
Süddeutsche Zeitung, 21.2.2022

Der „König von Nigeria“ hätte jetzt vermutlich kein Problem, wenn sein Schweizer Konto nicht gar so dick gewesen wäre. Aber ein Vermögen von 54 Millionen Schweizer Franken? Es ist einfach irre viel, was Eduard Seidel da laut den Suisse-Secrets-Daten im Frühjahr 2006 deponiert hatte.

So viel Geld könnte man vielleicht haben, wenn man Oligarch wäre, Sprössling einer Milliardärsdynastie oder Hollywoodstar. Aber Eduard Seidel ist all das nicht, genau genommen ist der gelernte Kaufmann ja nicht einmal ein echter König – der „König von Nigeria“ war nur sein Spitzname in dem westafrikanischen Land, in dem er bis 2004 die Geschäfte von Siemens steuerte. Dabei standen ihm allerdings tatsächlich wahrhaft königliche Geldtöpfe zur Verfügung, nämlich die



Schwarzgeldkassen des Münchner Konzerns, und diese Gelder konnte er weitgehend nach Gutdünken im Land verteilen.

Über Jahrzehnte hinweg schmierte Siemens Politiker und Beamte auf der ganzen Welt, um an lukrative Aufträge zu gelangen, von Griechenland nach Russland, von Indonesien bis Nigeria. Dort hat Siemens wahrscheinlich so gut wie jeden bestochen, der für den deutschen Konzern in der Regierung und beim staatlichen Telefonkonzern Nitel wichtig war. Bis 1999 die Bestechung ausländischer Amtsträger nach deutschem Recht illegal wurde – und im November 2006 schließlich aufflog, dass Siemens sich davon nicht groß hatte stören lassen.

Die Siemens-Affäre machte über Monate Schlagzeilen, Konzernchef Klaus Kleinfeld und Aufsichtsratschef Heinrich von Pierer mussten gehen, es hagelte Anklagen und Schuldsprüche. Siemens kostete die Angelegenheit ein Vermögen: Strafzahlungen, Geldbußen, Steuernachzahlungen und andere Kosten summieren sich am Ende auf mehr als zwei Milliarden Euro.

Und Eduard Seidel? Er wurde im Dezember 2008 wegen 22 Fällen von „Bestechung ausländischer Amtsträger“ zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt und musste 240000 Euro zahlen. Die Karawane zog weiter, der Fall Seidel schien geklärt zu sein.

Aber nun stellen sich neue Fragen, denn Eduard Seidels Name findet sich in den Suisse-Secrets-Daten, und zwar als Inhaber von gleich sechs Schweizer Konten, die er offenbar zwischen 1985 und 2005 eröffnete. Auf dreien davon lagen zeitweise Vermögen im Wert von etlichen Hunderttausend Schweizer Franken und auf einem immerhin mal in Höhe von zweieinhalb Millionen Schweizer Franken. Aber dann ist da eben dieses dicke Konto, das im Frühling 2006 einen Wert von rund 54,5 Millionen Schweizer Franken aufwies.

Ohne Frage hat sich Eduard Seidel im Lauf der Jahre weit nach oben gearbeitet. 1949 in der Ukraine geboren, kam er in den Sechzigerjahren als Spätaussiedler nach Deutschland, fing 1967 ganz unten bei Siemens an und stieg immer weiter auf, bis er



Leiter der Landesgesellschaft Nigeria war. Er hat auch gut verdient, am Ende laut eigener Aussage in seinem Gerichtsverfahren um die 300000 Euro im Jahr.

Aber 54 Millionen? „Bist du deppert“, würde man in Wien sagen, denn wo soll das denn bitte herkommen?

Das ist die eine, die große Frage. Wenn man Eduard Seidel heute anruft und sie stellt, ist wenig später die Leitung tot. Zuvor sagt er noch, er habe kein Schweizer Konto – im Präsens formuliert. Dann legt er auf und hebt nicht mehr ab. Die Nachfrage per Whatsapp-Nachricht sieht Seidel ausweislich der beiden blauen Häkchen im Chatverlauf zwar, antwortet jedoch nicht. Auf einen Fragenkatalog der SZ antwortet später Seidels Anwalt und erklärt, „die Vorgänge in Nigeria“ seien durch einen Strafbefehl, der 2008 ergangen sei, „vollumfänglich abgehandelt“, auch mit seinem Arbeitgeber Siemens habe Seidel „reinen Tisch gemacht“ und sich im Jahr 2010 rechtsverbindlich geeinigt. Aber was ist mit dem Vermögen im Wert von 54 Millionen Franken? Auf konkrete Fragen dazu geht der Anwalt nicht ein.

Die andere wichtige Frage lautet: Was wusste die Bank? Jede Schweizer Bank ist seit spätestens 1997 verpflichtet, ihre Kunden zu kennen und zu beobachten und verdächtige Konten mit unerklärlichen Beträgen den Behörden zu melden. Das gilt auch für Seidels Bank. Oder besser gesagt: die Banken. Denn er wickelte seine Geldgeschäfte nach Recherchen von SZ, NDR und WDR im Laufe der Jahre über unterschiedliche Institute ab. Demnach wurde er um 2012 Kunde der Credit Suisse, als die Bank die Kunden ihrer 100-prozentigen Tochter Clariden Leu integrierte. Clariden Leu wiederum war 2007 aus der Verschmelzung von vier Schweizer Privatbanken entstanden, die allesamt seit mindestens 1990 der Credit Suisse gehörten – womit dort die Verantwortungskette endete.

Auf schriftliche Anfrage von SZ, NDR und WDR erklärt Seidel über seinen Anwalt, bei den Vorwürfen gegen ihn handele es sich um „in weiten Teilen unzutreffende Darstellungen“, sein Anwalt schreibt von „angeblichen Konten“.



Als die Münchner Staatsanwaltschaft im November 2006 im Münchner Siemens-Haupthaus einmarschiert und der Schmiergeldskandal ans Licht kommt, ist Seidel seit mehr als zwanzig Jahren Kunde bei seiner Schweizer Bank. Seine Bankberater müssen gewusst haben, was er beruflich macht – und sie hätten hellhörig werden müssen, als diese unglaublichen Summen sich auf seinem Konto anhäuften. Spätestens nach Auffliegen der Siemens-Affäre, eines der größten deutschen Schmiergeldskandale überhaupt, hätten sie den Behörden „unverzüglich Meldung“ erstatten müssen – so ist es im 1997 eingeführten Schweizer Geldwäschereigesetz geregelt. Die Schweizer Compliance-Spezialistin Monika Roth sagt, dass ein Konto in solchen Fällen schon gemeldet werden müsse, „wenn es nur den Hauch des Verdachts gibt, dass das Konto im Zusammenhang mit dem Schmiergeldskandal steht“, und es sei ihr „rätselhaft und unerklärlich, wieso das dann nicht gemacht wurde“. Immerhin habe die Bank sich dadurch strafbar gemacht.

Die Münchner Staatsanwaltschaft erklärt, sie habe von diesen Konten Seidels während der Ermittlungen gegen ihn keine Kenntnis gehabt, diese seien ihr nicht aus der Schweiz gemeldet worden. Andere Schweizer Banken hätten genau das getan, unter anderem hätten die UBS und die Schweizer Sparte der Dresdner Bank Kunden mit Bezug zu Siemens „überprüft und gegebenenfalls Geldwäscheverdachtsmeldungen erstattet“. So seien „hohe zweistellige Millionen-Franken-Beträge in der Schweiz“ sichergestellt worden. Auch ein Siemens-Sprecher erklärt auf Anfrage, die „genannten Konten“ seien Siemens „unbekannt“.

Die Credit Suisse erklärt, wegen ihrer „strikten Vertraulichkeits- und Sorgfaltspflicht“ zu „Behauptungen bezüglich Einzelpersonen“ keine Stellung nehmen zu können. Generell halte die Bank „bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit die geltenden globalen und lokalen Gesetze und Bestimmungen“ ein.

Wer versucht, der Frage nach dem möglichen „Woher?“ der Millionen auf Seidels Konten nachzugehen, muss im Zeitstrahl ziemlich weit nach hinten wandern: in das Jahr 1985. Damals übernahm Seidel, der vier Jahre zuvor nach Lagos gewechselt war, für Siemens die Leitung der Kommunikationssparte in Nigeria, es



ging also etwa um den Bau von Sendetürmen. Jetzt war er dort jemand, und er wusste auch, was von ihm erwartet wurde. Sein Vorgänger, so schildert es Seidel später den Münchner Ermittlern im Landeskriminalamt (LKA), habe ihn mit den „Usancen und Gebräuchen“ in Nigeria vertraut gemacht. Damit war gemeint, dass 15 bis 30 Prozent der Auftragssumme jeweils an Schmiergeld gezahlt werden mussten. Ebenfalls 1985 eröffnete Seidel laut den Suisse-Secrets-Daten sein erstes Schweizer Konto, weitere fünf folgten demnach über die Jahre.

Schon in den Achtzigerjahren spielte Korruption beim Siemens-Geschäft in Nigeria eine wichtige Rolle, ein Mitarbeiter aus dieser Zeit schildert in einer Befragung der Münchner Staatsanwaltschaft, es sei „in der Kantine Tischgespräch“ gewesen, „auf welche Weise Herr Seidel in Nigeria Geschäfte machte“. Nämlich durch „Landschaftspflege“ – so bezeichnete es Seidel laut Aussagen anderer Kollegen.

Die Korruption bestreitet Seidel nicht in seinen Vernehmungen, sie wurde im Konzern – wie übrigens in vielen westlichen Firmen damals – hingenommen als Teil des Geschäfts. Es lässt sich aus den Siemens-Akten gut rekonstruieren, wie Seidel die Beschaffung und Verteilung der Schmiergelder orchestrierte: Er ließ sich von seinen korrupten Partnern vor Ort deren Wünsche erklären und forderte dann in der Münchner Siemens-Zentrale teure Uhren, Bargeld oder Überweisungen an. Meistens transportierten Mitarbeiter einfach Bargeld nach Nigeria. Die Legende für das Bargeld lautete, es werde benötigt, um die lokalen „Baukassen“ in Nigeria aufzufüllen – diese Ausrede nutzten die Siemensianer, seit einer der Boten eines Tages auf dem Weg nach Nigeria vom deutschen Zoll mit mehreren Hunderttausend Euro erwischt worden und mit dieser Ausrede durchgekommen war.

Wer die Zettel in den Asservaten-Ordnern des Siemens-Verfahrens durchblättert, sieht, wie die Gelder für die zu Bestechenden von Siemens an Seidel abfließen, eine Million hier, eine Million dort, 500000 Euro hier, 200000 Euro dort. Wie Seidel jedoch das Bargeld nach der Übergabe verwendete, das sei „nicht mehr belegt“ – so wurde es später in einem internen Siemens-Bericht notiert. Seidel quittierte die Übergabe „nur in wenigen Fällen“, erklärte er den Münchner Ermittlern 2007, das sei



„insofern Vertrauenssache“ gewesen. Ein damaliger Siemens-Kollege erklärte in seiner Vernehmung, „die Abwicklung solcher Transaktionen“ habe „auf einem absoluten Vertrauen in die Integrität von Herrn Seidel“ basiert. Und so es denn Belege und Aufzeichnungen gab, trug Seidel Sorge, dass diese vernichtet wurden. Denn in Nigeria, so Seidel 2007, habe Korruption „einen sehr hohen Strafraumen“ gehabt, „bis zu 25 Jahre Haft“, und die nigerianischen Gefängnisse seien „katastrophal“.

Über gut zwei Jahrzehnte hinweg wurden Millionen aus dem Siemens-System geschleust und nach Nigeria gebracht. So viel Geld verleiht viel Macht, und diese Macht war es, die Seidel dort den Beinamen „König von Nigeria“ einbrachte. Ein Zeitgenosse erinnert sich, dass Seidel mit so gut wie allen Präsidenten Nigerias gut bekannt gewesen sei und dafür Sorge getragen habe, dass diese bekamen, was sie brauchten – und dass außerdem viele Politiker bei Seidels zu Gast gewesen seien. Auch seine Frau, die als Gastgeberin gegläntzt habe, erscheint in den Suisse-Secrets-Daten als Berechtigte von fünf Schweizer Konten, die auch auf Eduard Seidels Namen laufen. Ihr Anwalt lässt dazu erklären, es sei „unzutreffend“, dass sie Konten in der Schweiz gehalten habe.

Eduard Seidel belieferte seine Günstlinge in Nigeria nicht nur mit Bargeld und teuren Uhren, sein Wohlwollen kannte viele Formen. Wenn in den Familien seiner Kontakte jemand schwer krank war, organisierte er auch mal den Besuch in einem deutschen Krankenhaus. Wenn ein Kind eine besondere Ausbildung erhalten sollte, bezahlte Seidel laut Überweisungsbelegen eine teure Schule. Der Ehefrau eines nigerianischen Politikers bezahlte Siemens sogar eine Fruchtbarkeitsbehandlung in New York, für rund 20000 Dollar. Es funktionierte: Sie bekam Zwillinge. Ein merkwürdiger Fund in öffentlichen Registern ist die 1992 gegründete Firma namens „Communication Equipment and Consltancy (sic!) Nig Ltd.“, in der neben Seidel ein Mann namens Ibrahim Aliyu als Geschäftsführer angegeben ist. Ein Mann gleichen Namens war in den Neunzigerjahren in leitender Stellung im nigerianischen Kommunikationsministerium tätig.



Und auch Seidels Frau gründet offenbar 1992 ein Unternehmen, es trägt den Namen Informatics General & Electrics Ltd., und neben ihr spielt darin auch ein Mann namens Olawale Ige eine Rolle. Ige war von 1990 bis 1992 nigerianischer Kommunikationsminister – und damit jener Mann, der maßgeblich über die Vergabe von Aufträgen an Firmen wie Siemens entschied. Ige wurde später sogar Vorsitzender der staatlichen Telekommunikationsfirma Nitel. Wie kommt Seidels Frau dazu, mit dem ehemaligen Kommunikationsminister eine Firma zu leiten? Wofür waren die beiden Firmen?

Eduard Seidel nimmt in seiner Stellungnahme nicht konkret Bezug auf die ihm vorgehaltene Firma. Seine Frau lässt von ihrem Anwalt erklären, die Firma Informatics General & Electrics Ltd. habe „zu keinem Zeitpunkt eine geschäftliche Aktivität entfaltet“.

Die schiere Existenz dieser Firmen ist kein Beweis für Fehlverhalten, aber für einen fest angestellten ranghohen Siemens-Mann und dessen Frau ist es schon sehr seltsam, mit zwei Männern in Firmen verbunden zu sein, die im selben Geschäftszweig tätig sind, aber auf der anderen Seite stehen. Siemens erklärt auf Anfrage, beide genannten Firmen nicht zu kennen und in Seidels Akte auch keine Nebentätigkeitsgenehmigung gefunden zu haben.

Gehörten die vielen Millionen, die zeitweise auf Seidels Schweizer Konten lagen, vielleicht gar nicht ihm, sondern ganz oder zumindest teilweise Siemens? Auf Frage von SZ, NDR und WDR „verwahrt“ Eduard Seidel sich „entschieden gegen den Vorwurf, er habe von Siemens Geld gestohlen oder Geld erhalten aufgrund korrupter oder krimineller Verhaltensweisen in Nigeria“. Auch als er am 28. Februar 2007 beim Bayerischen Landeskriminalamt (LKA) in München für seine erste von drei Vernehmungen erscheint, erklärt er, sich nie selbst bereichert zu haben, „in keinem Fall“, und zwar „weder direkt noch indirekt“. Der Staatsanwaltschaft blieb damals angesichts des Fehlens echter Beweise nur festzuhalten, dass seine Aussage nicht zu widerlegen sei.

Erst der Tod des Diktators Sani Abacha, der Nigeria von 1993 bis 1998 regierte, ist der Anfang vom Ende für das System Siemens im Land. Denn nach Abachas



Ableben folgen nigerianische Behörden den Spuren der Milliarden, die er und sein Clan außer Landes geschafft haben. Dabei stoßen die Ermittler nicht nur auf Hunderte Millionen US-Dollar in der Schweiz (rund 200 Millionen US-Dollar davon übrigens bei der Credit Suisse), sondern auch darauf, dass viele Millionen von Siemens an Abacha geflossen waren – damals üblich, bis 2002 konnte man Schmiergeld ja sogar noch als „nützliche Aufwendungen“ von der Steuer absetzen.

Als im November 2006 die Siemens-Affäre losbrach, wurde später auch Eduard Seidel zum Verhör einbestellt. Fehlverhalten gestand er ein – seine Schweizer Konten jedoch nicht. Sein rätselhafter Reichtum blieb bestehen.

Spätestens von November 2007 an muss die Credit-Suisse-Tochter Clariden Leu, bei der Seidels Konto damals lag, von seiner Verwicklung in die Siemens-Affäre erfahren haben. Damals nannte das Wall Street Journal Seidel namentlich – und berichtete, er habe als Siemens-Nigeria-Chef geholfen, „viele der Bestechungsgelder“ ihren Empfängern zuzuleiten, darunter etliche nigerianische Minister. Am 20. November 2007, nur vier Tage nach dem ersten Bericht im Wall Street Journal, bekam Seidel unter der Identifikationsnummer 749979 einen eigenen Eintrag in der World-Check-Datenbank, in der Banken ihre Kunden regelmäßig überprüfen müssen. Wer seitdem dort oder im Internet nach Seidel sucht, stellt sofort fest: Der Mann war verstrickt in den gigantischen Korruptionsfall Siemens.

Und als Eduard Seidel 2012 im Zuge der Clariden-Leu-Eingliederung zur Konzernmutter Credit Suisse selbst wechselte, war er längst kein Verdachtsfall mehr. Sondern ein verurteilter Bestecher im größten Korruptionsskandal des Nachbarlandes. Die Credit Suisse hätte ihn also mit unangenehmen Fragen löchern müssen, doch Seidel blieb weiterhin Kunde, bis mindestens 2016, und zu diesem Zeitpunkt war auf dem spektakulären Konto ein Vermögen von etwa zehn Millionen Franken deponiert.

Diesem Geld – und womöglich auch den anderen Millionen – könnte sowohl die Staatsanwaltschaft als auch Siemens nun nachjagen. Nach SZ-Informationen hatte Seidel auch gegenüber Siemens bestritten, je Geld veruntreut zu haben – damit könnte



seine Einigung mit dem Konzern hinfällig sein, und Siemens könnte versuchen, auf dem Klageweg zu klären, ob das Geld aus dem Konzern stammt.

Die Münchner Staatsanwaltschaft wiederum könnte die Gelder über ein Rechtshilfeersuchen in der Schweiz erst einfrieren und dann einziehen lassen – die Gesetze dafür gibt es seit 2017. Und in mindestens einem Fall hat die Staatsanwaltschaft in der Vergangenheit das auch schon getan: Sie ließ – im Zuge der SZ-Recherchen zu den Panama Papers – Siemens-Geld sicherstellen, das zuvor in der Schweiz versteckt worden war.

Eduard Seidel taucht aber nicht nur in den Suisse Secrets auf, sondern auch, samt einem Link zur Clariden Leu, in einem anderen Leak, das dem International Consortium for Investigative Journalists (ICIJ) zugespielt worden ist. Die Recherchen dazu wurden unter dem Schlagwort Pandora Papers im vergangenen Herbst unter anderem in der SZ veröffentlicht. In diesem Datensatz wird Eduard Seidel samt Frau und Tochter als Eigentümer einer 2008 erworbenen Briefkastenfirma auf den Britischen Jungferninseln geführt. Die Firma erwarb im Jahr darauf offenbar für Seidel Immobilien in Dubai, die zusammen etliche Millionen Euro wert sein dürften, darunter eine auf der legendären Insel „The Palm Jumeirah“.

Dort, in Dubai, erreicht ihn auch Ende Januar 2022 der Anruf von SZ, NDR und WDR, auf einer Nummer, die Seidel unter anderem für den Nachrichten-Dienst Whatsapp verwendet. Aber Seidel ist nicht zum Reden zumute. Auf eine hinterhergeschickte Whatsapp-Nachricht mit der Bitte um ein Gespräch reagiert er nicht – ebenso wenig auf mehrere E-Mails.

Der König von Nigeria ist nicht zu sprechen.

Mitarbeit: Idris Akinbajo, Massimo Bognanni, Johannes Jolmes, Antonius Kempmann, David Pegg, Benedikt Strunz